



Antrag auf Solidarisierung mit der Seebrücke

dieLinke.SDS Gießen, die Juso Hochschulgruppe Gießen und UniGrün beantragen, dass das Studierendenparlament sich mit der Seebrücke und deren Anliegen solidarisiert.

Darüber hinaus fordern wir, dass die studentischen Vertreter*innen sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass auch die JLU und die Stadt Gießen sich darum bemühen, den Forderungen der Seebrücke gerecht zu werden, und Gießen zu einem sichereren Hafen erklären.

Begründung:

Die Forderungen der internationalen Bewegung Seebrücke zielen darauf ab, das sinnlose Sterben zehntausender Flüchtender auf dem Weg nach Europa zu beenden, sicherere Fluchtwege und effektive Rettungsmöglichkeiten für in Seenot geratene flüchtende Menschen zu schaffen und die Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung und Helfender zu erreichen.

Unsere Stadt hat viel Erfahrung, was die Versorgung und Unterbringung geflüchteter Menschen betrifft. Die hessische Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE), die seit 1993 als solche genutzt wird, hat dazu geführt, dass Stadt und Bevölkerung sich schon früh den Herausforderungen gestellt haben, die aus der großen Anzahl Flüchtender resultieren können. Dabei blieben die von Fremdenhass getriebenen Reaktionen, wie man sie vielerorts beobachten konnte, aus, denn Gießen hat es geschafft, an den Grundwerten der EU festzuhalten und den Menschen mit dem Respekt und der Toleranz, die ihnen gebührt zu begegnen.

Für uns ist es selbstverständlich, in Not geratenen Menschen Hilfe, Unterstützung und einen sicheren Hafen zu bieten. Deshalb wollen wir, dass sich die Stadt Gießen den 40 deutschen Städten anschließt, die sich bereits zum sicheren Hafen erklärt haben und einen Beitrag dazu zu leisten, die menschenunwürdigen Verhältnisse zu beenden.